Stolperfallen führen über Schmutzpfützen

Zu den Umbaumaßnahmen am Hanauer Hauptbahnhof schreibt Karl-Heinz Leistner vom Verein „Menschen in Hanau:

Die Bahn möchte barrierefrei ausbauen. So steht es zumindest auf einem Plakat, das im Tunnel, dem Zugang zu den Gleisen, am Hanauer Hauptbahnhof angebracht ist. Nun ist es mit dem „Ausbau“ so, dass er erst stattfindet und dann vollendet und hoffentlich gelungen ist. Den Endzustand hat die Bahn fest im Visier, doch offensichtlich nicht so sehr den Weg dorthin.

So ist zurzeit im besagten Tunnel eine Baustelle bei den Gleisen mit den Hunderter-Nummern eingerichtet, ordentlich eingekleidet mit Spanplatten, und der Durchgang verengt. Vielleicht können sich gerade mal zwei Personen aneinander vorbei bewegen, wenn sie sich fit und schlank gehalten haben. Aber so ist es nun mal mit Baustellen.

In der Corona-Zeit begegnen sich nicht Massen von Bahnfahrern im Tunnel. Für Personen mit anderer Konstitution oder gar mit Gepäck und Fahrrad wird es da schon schwierig. Die Beleuchtung an dieser Stelle ist eher suboptimal, und wer oder was sich hinter der Engstelle befindet, lässt sich nicht einsehen. Auch für sehbehinderte Menschen ist die Passage also ein Problem. Zurzeit kommt erschwerend dazu, dass wir starke Regenfälle in unserer Region haben; und prompt bildet sich eine tiefe Wasserlache in besagtem Engpass, die man mit normalen Schuhen nicht trockenen Fußes passieren kann. Dafür haben Bauarbeiter eine Lösung: Sie legen eine Bohle, also ein etwas dickeres Brett über solche Stellen und balancieren, mit Werkzeug und Baumaterial beladen, über das Hindernis.

Nun ist Bauarbeitern bekannt, dass nicht alle Bahnkunden geübt sind, auf einer Bohle zu balancieren, deshalb legen sie zwei Bohlen über die Pfütze. Und weil es noch eine Pfütze gibt, wird noch ein zweites Paar Bohlen verlegt. Das ist schon richtig komfortabel: eine Bohle für den linken Fuß und eine für den rechten.

Doch begegnet man sich an der Engstelle geht die Rechnung nicht mehr auf: Wenn man Pech hat, wird halt nur ein Fuß nass. Wenn man etwas mehr Pech hat, betritt jemand gerade das andere Ende einer Bohle, sodass sich an diesem Ende die Bohle hebt (wippt), also eine Stolperstelle bildet, und … der Rest bleibt der Vorstellung überlassen.

Nun versetzen wir uns einmal in die Lage von seh- oder gehbehinderten Menschen oder Rollstuhlfahrern. Das sind alles Menschen, die auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind. Sie sehen die Bohlen schlecht oder nicht, schon gar nicht die Kanten und erkennen nicht deren Breite, sie fahren mit dem einen Rad des Rollstuhls vielleicht über die Bohle, wenn sie denn die Kante überwunden haben, und mit dem anderen Rad durch die Schmutzpfütze.

„Die Bahn“ hat offensichtlich keine Wahrnehmung dieser Gefahrenstelle, denn die gibt es seit Tagen. Doch wer ist zuständig? Sicher nicht die Bahndirektion in Berlin. Aber die Bundespolizei, zuständig für Bahnhöfe, sollte das wissen. Einen entsprechenden Telefonanschluss gibt es unter einer Frankfurter Nummer – zuerst landet man am Flughafen und erfährt etwas über Corona-Schutzmaßnahmen. Dann nennt eine freundliche Person nach Schilderung des Sachverhalts eine andere Nummer. Dort erklärt man sich zuständig für das Kümmern um diese Gefahrenstelle und verspricht, dies auch zu tun. Das war am Morgen. Am Abend liegen die beiden Bohlenpaare weiterhin vertraut nebeneinander und versuchen, den Passanten eine Brücke zu bieten. Hoffen wir mal, dass sie morgen Gesellschaft von ein paar Kolleginnen bekommen, die wirklich dicht, wackel- und kippfrei verschraubt sind, deren Kanten nicht von Schuhspitzen angestolpert werden, sodass die Bahn wirklich zeigen kann, dass sie barrierefrei ausbaut.

Dr. Karl-Heinz Leister
Hanau

Autor spielt sich als Hüter von Recht und Ordnung auf

Karl-Heinz Wagner bezieht sich auf den Leserbrief „Das gab es bisher nur in der unseligen Zeit des Nationalsozialismus“, in dem Alfred Herms seine Meinung im Umgang mit dem Vater des Attentäters vom 19. Februar mitteilt (Ausgabe vom 30. Januar):

Welch eine Dreistigkeit des Autors der Zuschrift ‘Das gab es bisher nur in der unseligen Zeit des Nationalsozialismus’ in zweierlei Hinsicht: Scheinheilig spielt sich der Autor, ein bekennender AfDler, hier zum Hüter von Recht und Gesetz dieses Landes auf, wohl wissend, dass gerade seine Partei nicht nur am äußersten rechten Rand unserer Verfassung laviert, sondern auch strukturelle Merkmale wie Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Volksverhetzung und Gewalt „mit der unseligen Zeit des Nationalsozialismus“ teilt, und auch engste Beziehungen zu neonazistischen Gruppen und der Identitären Bewegung unterhält.

So eine Scheinheiligkeit hat ja nicht nur er, sondern sie ist Teil der Demagogie seiner Partei. Das ist mehr als nur eine Irreführung, das ist Lug und Trug. Nun weiß er zum Problemkomplex Vater Ratjen auch wesentlich mehr, als dass die gravierenden Vorwürfe gegen den Mann nur ein „Geraune, das in den Medien herrscht“ wären. Er selbst zitiert ja den HANAUER ANZEIGER, den Oberbürgermeister und etliche Leserbriefe mit den bis heute offenen Fragen und berechtigten Vorwürfen der Fahrlässigkeiten, und Ungereimtheiten gegen die Behörden und die Anschuldigungen gegen Herrn Ratjen.

Auch diese kein ‘Geraune’, sondern durch Augenzeugen, Überlebende, vor allem aber die Drohschreiben Ratjens sen., selbst bezeugt und belegt. Natürlich nicht nur ein „unbequemer Nachbar“, sondern ein Straftäter nach Paragraph 126 StGB: Wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören. . .“ Hier ist ausdrücklich auch verwiesen auf die Androhung von Gewalt als Straftat. Die Forderung nach Ingewahrsamnahme ist also, Herr Herms, nicht nur rechtskonform, sondern notwendig. Oder soll man abwarten, bis etwas geschieht?

Der Rechtsstaat hat eine Verfolgungspflicht. Autoentzug (kann Mordinstrument sein), Vorenthaltung der Waffen, Verfolgung der Anschlagsdrohungen bis zum Freiheitsentzug gehören zu den rechtsstaatlichen Maßnahmen, die zwingend geboten sind. Herr Herms, hier zitiere ich einen anderen Leserbrief gerichtet an einen anderen Autor in jüngster Zeit, für wie dumm halten Sie eigentlich die Hanauer Bürgerinnen und Bürger?

Karl-H. Wagner
Hanau

Eine zeitnahe und lückenlose Aufklärung ist längst überfällig!

Ute Pfaff-Hamann aus Hanau schreibt ihre Meinung zur Debatte um den Anschlag vom 19. Februar 2020 in Hanau:

Die lückenlose Aufklärung des Terroranschlags in Hanau ist überfällig! Vor fast einem Jahr fand der rassistische, rechtsextreme Terroranschlag in Hanau statt. Der kaltblütig verübte Anschlag hat weltweites Entsetzen ausgelöst. Sehr verständlich und nachdrücklich wird in der Öffentlichkeit nach den genauen Fakten verlangt, wie es zu dieser Tragödie kommen konnte. Die Hinterbliebenen der Opfer fordern seither immer wieder eine lückenlose Aufklärung dieser Mordtat. Auch wir Bürger*innen haben ein Anrecht zu erfahren, was wirklich geschah! Und es müssen Lehren gezogen werden, wie Derartiges in Zukunft verhindert werden kann.

Ein abschließender Bericht liegt wohl bis heute nicht vor. Scheibchenweise kommt die Wahrheit ans Licht, eine Salamitaktik, die nur empört. Die Medien bemühen sich redlich, Licht in das Dunkel der ungeklärten Fragen zu bringen. Dabei müsste es das oberste Ziel des hessischen Innenministers sein, an der Spitze dieser Aufklärung zu stehen, allein weil sein Amtseid ihn dazu verpflichtet, allein weil er seine eigene Glaubwürdigkeit durch Hinhaltetaktiken untergräbt und eben nicht unter Beweis stellt. Er hat uns Bürger*innen zu schützen! Dazu gehört auch, dass der Polizei-Notruf nicht unterbesetzt zu sein hat. Es ist das Land Hessen und hier der zuständige Innenminister, der in der Pflicht steht – auch seinen Polizeibeamt*innen gegenüber – und Verantwortung trägt; wir Bürger*innen müssen uns darauf verlassen können!

In fataler Weise kommen jedem sofort hier in Hessen die Ungereimtheiten und betroffen machenden Schwärzungen in den Akten zu den NSU-Morden in Erinnerung. Auch der feige und hinterhältige Mord am Regierungspräsidenten Walter Lübcke sowie die gravierenden Fehler in der Beobachtung von Rechtsradikalen sind im Gedächtnis sofort präsent. Was ist hier in Hessen los?

Unverständlich und abschreckend ist nun der schwerwiegende Vorwurf des CDU-Landtagsabgeordneten Kasseckert, der dem Hanauer Oberbürgermeister Kaminsky unterstellt, dass dieser das Thema des Anschlages für den Kommunalwahlkampf ausschlachten will. Das ist in einer unaussprechlichen Weise zynisch und völlig unakzeptabel! Ein offensichtliches Ablenkungsmanöver von der unbefriedigenden Arbeit des Innenministers. Wenn sich jemand um die Opfer in Hanau von Anbeginn gekümmert hat, dann ist es allen voran Oberbürgermeister Claus Kaminsky. Unterstützung kam ebenfalls von der Bundeskanzlerin, dem Bundespräsidenten und auch dem hessischen Ministerpräsidenten.

Die Forderung von Herrn Kasseckert, „Es müsse Schluss sein, immer mehr Geld zu fordern“, ist befremdlich. Ist ihm bewusst, dass er durch die Aufzählung von Opferfonds, Sonderförderprogrammen und ähnliche eine versteckte Unterstellung an die Hinterbliebenen und eine Neiddebatte auslösen kann? Oder soll von den eigentlichen Problemen des Innenministers abgelenkt werden? Eine zeitnahe, lückenlose Aufklärung ist absolut notwendig und mehr als überfällig!

Ute Pfaff-Hamann
Hanau

Viele Fragen sind nach dem rassistischen Anschlag vom 19. Februar noch offen, daher fordern Angehörige eine lückenlose Aufklärung. Ute Pfaff-Hamann findet: Das hätte zeitnah passieren müssen. ARCHIVFOTO: REINHARD PAUL

Einfühlsamer platzieren

Die CDU-Stadtverordnete Hildegard Geberth äußert sich zur Platzierung einer Anzeige im HA.

„Als ich am Samstag den HANAUER ANZEIGER aufschlug, traute ich meinen Augen nicht: Auf Seite 13 ein ausführlicher Bericht zum Gedenken an den Jahrestag des Attentats vom 19. Februar 2020 mit der Unterzeile: „Auch Rudi Völler kommt“ - als ob das eine wichtige Meldung zu diesem Anlass ist; ein Hinweis im Text wäre völlig ausreichend gewesen: Allein die Opfer sollten im Vordergrund stehen.

Weiter unten auf der Seite unmittelbar neben dem erschütternden Bericht eines Vaters, der seinen Sohn bei dem schrecklichen Attentat verloren hat, dann die grelle farbige Anzeige: „Hanau Helau – Fasching fällt nicht aus!“

Diese Zusammenstellung ist an Pietätlosigkeit und Geschmacklosigkeit nicht zu überbieten! Ich bin überzeugt, dass diese Gestaltung gedankenlos erfolgte, aber das ist in meinen Augen keine Entschuldigung – entschuldigen sollte sich der HANAUER ANZEIGER beim Vater Armin Kurtovic. Ich bitte die Redaktion, in Zukunft darauf zu achten, dass Werbeanzeigen einfühlsam platziert werden.“

Hildegard Geberth
Hanau

Das ist billige Verschleppungstaktik!

Zu der Berichterstattung über die vergeblichen Notrufe des Anschlag-Opfers Vili-Viorel Paun am 19. Februar 2020 schreibt Wolfgang Walther:

Über die Frage, ob das Verbrechen am 19. Februar des vergangenen Jahres in der Hanauer Weststadt einen anderen Verlauf genommen hätte, wenn der entscheidende Notruf des Verfolgers bei der Polizei angekommen wäre, kann nur spekuliert werden. Unbestritten ist jedoch, dass die Polizei bedeutende Informationen über die Verlagerung des Tatgeschehens erhalten hätte und letztlich auch Verhaltensabsprachen mit dem Anrufer treffen können. Vielleicht hätte das dem späteren Opfer Vili-Viorel Paun das Leben gerettet.

Die Ursache des unbeantwortet gebliebenen Notrufs 110 ist nur vordergründig eine Frage ungenügender Besetzung bei der Polizeistation am Freiheitsplatz. Als ehemals leitender Beamter bei dieser Dienststelle weiß ich, dass schon nach Einrichtung des Polizeipräsidiums Südost-hessen in Offenbach vor zwei Jahrzehnten die Forderung bestand, die technischen Voraussetzungen für eine Rufumleitung zur Einsatzzentrale des Polizeipräsidiums zu schaffen. Geschehen ist in den vergangenen zwanzig Jahren offenbar nichts. Nach wie vor laufen die Notrufe, wie übrigens auch bei den Polizeidienststellen im Ostkreis, direkt bei der Polizeistation am Freiheitsplatz auf. Bei größeren Einsatzlagen sind alle Kräfte der Dienststelle vollauf beschäftigt, sodass selbst bei größtem Engagement aller Beamtinnen und Beamten die Notrufe nur nach und nach bearbeitet werden können und damit zwangsläufig oft unbeantwortet bleiben müssen.

Nach diesem gravierenden Ereignis vor einem Jahr muss mehr denn je die Frage der politischen Verantwortlichkeit für die Behördenstruktur, die personelle Ausstattung und die technischen Gegebenheiten beim zuständigen Innenminister gestellt werden. Sich jetzt, wie Innenminister Peter Beuth jüngst erklärte, damit herausreden zu wollen, dass das Problem in wenigen Wochen gelöst sein würde, ist skandalös.

Mit „politischer Ausschlachtung“ hat das nichts zu tun. Und sich, wie der CDU-Landtagsabgeordnete Heiko Kasseckert, darauf zurückzuziehen, erst das abschließende Ergebnis der Ermittlungen abzuwarten, und jede Kritik als Kommunalwahlkampf zurückzuweisen, ist billige Verschleppungstaktik.

Wolfgang Walther
Hanau

Deprivationsprobleme im Bildungssektor

Zu der Bildungssituation in der Corona-Zeit hat sich Dr. Ralf-Rainer Piesold, Stadtrat a.D. und ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter, Gedanken gemacht:

Kein Kaspar-Hauser-Syndrom, aber ein Deprivationsproblem? Natürlich ist der Vergleich der gegenwärtigen Corona-Schulsituation mit dem Kaspar-Hauser-Syndrom erheblich überspitzt und sehr provokativ, da das Kaspar-Hauser-Syndrom nur bei sehr schweren und langfristigen Isolationen auftritt und eine sehr schwere Erkrankung darstellt.

Die Gefahren, die durch den „Schulentzug“ auftreten können, werden aber auch unterschätzt und teilweise bagatellisiert. Tatsache ist, dass der Schulbesuch – wenn überhaupt – seit fast einem Jahr relativ ungeordnet stattfindet.

Wie groß die Konsequenzen der Corona-Schutzmaßnahmen für die soziale und neurobiologische Entwicklung von Kindern ist, muss zwar im Einzelnen noch stärker untersucht werden, aber dass die Kinder darunter leiden, dürfte unstrittig sein. Es liegt zumindest der Verdacht auf ein psychisches Deprivationsproblem vor. Sie müssen über eine längere Zeit auf ihre inneren Bedürfnisse, wie etwa jemanden in den Arm zu nehmen, zu spielen oder sich zu bewegen, verzichten und das ist schädlich. Da ein emotionales und körperliches Defizit bedingt durch den Lockdown als Ursache vorliegt, hilft auch keine Digitalisierung, die ich so sehr schätze. Aber meine Studentinnen und Studenten sind alle über 20 Jahre alt, gehören der Generation Y oder Z an und kennen sich in der digitalen Welt gut aus.

Die Hochschule stellt eine sehr gute digitale Infrastruktur zur Verfügung und das Kollegium erarbeitet ständig neue digitale Konzepte. Mein Fach E-Government eignet sich zudem noch inhaltlich für eine digitale Unterrichtsform. So ist es auch richtig, dass wir nun seit zwei Semestern zu fast 100 Prozent digitalen Unterricht haben, wenn auch dieser wesentlich anstrengender ist und auch die Studierenden unter der Situation leiden. Für Kindergärten, Grundschulen und den meisten anderen Schulformen eignet sich ein 100 Prozent digitalisierter Unterricht aber überhaupt nicht, auch wenn die Digitalisierung immer wieder als Wundermittel angepriesen wird. Hier entsteht durch den ungeregelten Unterricht insbesondere bei den jungen Kindern und den bildungsfernen Schichten ein erhöhtes Risiko, dass erhebliche Schäden erzeugt werden.

Immerhin ist für ein siebenjähriges Kind ein Jahr wie zehn Jahre für eine 70-jährige Person. Deswegen müssen die Schulen möglichst rasch wieder geöffnet werden, natürlich unter strengen Hygienekonzepten. Verantwortlich für die Umsetzung und Unterrichtskonzeption sind primär das Kultusministerium und die beiden Schulträger, der Main-Kinzig-Kreis und die Stadt Hanau. Insgesamt muss man festhalten, dass nach fast einem Jahr der Erfolg überschaubar ist, zum Nachteil der kommenden Generation.

Der Wechselunterricht lässt dabei auch noch viele Fragen offen. Da die betroffene Generation treffenderweise Alpha und nicht Omega heißt, sollte auch für die Bildung gelten. Alpha steht für Spitze und Omega für den Ausfall.

Dr. Ralf-Rainer Piesold
Hanau

Schreiben Sie uns

Ihre Zuschriften sollten Ihren vollständigen Namen, Anschrift und Telefonnummer tragen. Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor und veröffentlicht keine anonymen Briefe.

Hanauer Anzeiger
Redaktion
Donaustraße 5
63452 Hanau
redaktion@hanauer.de